

Pflanzenschutzgesetz 2018

Vereinfachte wirkungsorientierte Folgenabschätzung

Einbringende Stelle: BMNT
Vorhabensart: Bundesgesetz
Laufendes Finanzjahr: 2018
Inkrafttreten/
Wirksamwerden: 2019

Vorblatt

Problemanalyse

Die Europäische Union hat neue Vorschriften auf dem Gebiete der Pflanzengesundheit sowie der amtlichen Kontrollen auf diesem Gebiete erlassen.

Aufgrund des globalisierten Handels sowie des Klimawandels besteht eine erhöhte Gefahr der Ausbreitung gefährlicher Pflanzenschädlinge.

Es hat sich gezeigt, dass die Mitgliedstaaten sehr unterschiedliche Arten der Vollziehung der bisherigen Vorschriften an den Tag gelegt haben.

Ziel(e)

Verbesserung der phytosanitären Sicherheit

Verhinderung der Einschleppung bzw. weiteren Ausbreitung gefährlicher Pflanzenschädlinge

Steigerung der Effizienz der amtlichen Kontrollen

Inhalt

Das Vorhaben umfasst hauptsächlich folgende Maßnahme(n):

Ausweitung der Pflanzenpasspflicht für sämtliche B2B Handelsströme

Verschärfung der Einfuhrkontrollen

harmonisierte Monitoring- und bei festgestelltem Befall Ausmerzverpflichtungen

Beitrag zu Wirkungsziel oder Maßnahme im Bundesvoranschlag

Das Vorhaben hat keinen direkten Beitrag zu einem Wirkungsziel.

Finanzielle Auswirkungen auf den Bundeshaushalt und andere öffentliche Haushalte:

Eine exakte Abschätzung der zukünftigen Aufwendungen ist seriös nicht darstellbar, da ein erheblicher Unsicherheitsfaktor vorliegt. Eine Ausweitung des Anwendungsbereiches oder auch Ausnahmen davon sind erst zukünftig zu beschließenden Durchführungsvorschriften der EU vorbehalten.

Die Berechnung erfolgte somit unter Fortschreibung des Ist-Standes.

Die Kosten der Einfuhrkontrollen wurden gesondert (unter Werkleistungen) verbucht, da das Bundesamt für Ernährungssicherheit die Kosten mittels einer Stundenpauschale (A 2/B in Höhe von 73,80 E pro Stunde) gesamt bewertet.

Verhältnis zu den Rechtsvorschriften der Europäischen Union

Erlassung von Begleitmaßnahmen zu Verordnungen der Europäischen Union. Es besteht kein gold plating.

Besonderheiten des Normerzeugungsverfahrens

Grundsatzgesetzgebung gemäß Art. 12 B-VG.

Gemäß Pflanzenschutzgesetz sind für den Aufwand der Kontrolltätigkeit kostendeckende Gebühren festzulegen und anlässlich jeder Kontrolle vorzuschreiben. Die Gebühren werden in einer Verordnung der Bundesministerin für Nachhaltigkeit und Tourismus im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen festgelegt.

Diese Folgenabschätzung wurde mit der Version 5.0 des WFA – Tools erstellt (Hash-ID: 1649772940).